

gen als Brennstoff einzusetzen, klagt Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative, einer Regionalgruppe der IPPNW.

Zur Erinnerung: Das Atomkraftwerk Gundremmingen wird mit seinen Reaktorblöcken B und C als Deutschlands größte Atomreaktoranlage mit Siedewasserreaktoren betrieben, einem veralteten Bauartprinzip mit nur einem Kühlkreislauf. 1995 wurde den AKW-Betreibern trotz massiver Bedenken und Einwände zugestanden, diese Anlage auch mit plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen zu betreiben, obwohl dadurch der Atombetrieb um ein vielfaches riskanter wurde.

Neben den erhöhten Sicherheitsrisiken im laufenden Betrieb entstehen durch Abbrand von MOX auch große weitere Probleme bei der anschließend notwendigen Lagerung des Atommülls. Durch den Abbrand von MOX-Brennelementen werden neue langlebige, hochgiftige und radioaktive Elemente erbrütet. Im Vergleich zum Abbrand von „normalen“ Uranbrennelementen werden dadurch längere Abklingzeiten und Lagerfristen notwendig.

Die Betreiber des AKW Gundremmingen planen, auf ihrem Kraftwerksgelände ein Atommülllager zu bauen. Dieses Lager in Form einer offenen und gut durchlüfteten Halle wird mit 192 CASTOR-Stellplätzen Deutschlands größtes Lager für Atommüll werden. Die dortigen Lagermengen übersteigen an radioaktivem Potential die bisher genehmigten Mengen der Lager von Ahaus und Gorleben.

Ob der Müll von dort, wie zunächst geplant, in 40 Jahren abgeholt wird, ist höchst ungewiß. Denn bisher gibt es nirgends ein Endlager, in dem diese Stoffe über tausende von Jahren sicher für Mensch, Tier und Pflanze abgeschirmt und verantwortungsvoll gelagert werden können. ●

Atomwirtschaft

Große Mehrheit der Deutschen lehnt neue Atomkraftwerke ab

3-Länder-Initiative gegen eine atomare Renaissance in Deutschland gestartet

Eine weitere Nutzung der Atomenergie, wie sie die CDU-Chefin Angela Merkel und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber befürworten, wird von der Mehrheit der Deutschen abgelehnt. In einer Forsa-Umfrage unter 1007 repräsentativ ausgewählten Bundesbürgern am 3. und 4. Juni 2004 im Auftrage des Hamburger Magazins *stern* sprachen sich 47 Prozent der Befragten für einen allmählichen Verzicht auf die Kernenergie aus. 18 Prozent plädierten sogar dafür, so schnell wie möglich auszusteigen. Dafür, daß die Kernenergie weiter wie bisher genutzt werden soll, stimmten nur 30 Prozent.

Obwohl 53 Prozent der Bürger befürchten, es könnte in der Energieversorgung Deutschlands langfristig zu größeren Engpässen kommen, sind die Deutschen strikt gegen den Bau neuer Atomkraftwerke. 79 Prozent sprachen sich in der *stern*-Umfrage dagegen aus, dafür sind nur 18 Prozent. Eine Mehrheit von 51 Prozent ist auch dagegen, die bestehenden Atomkraftwerke länger als vereinbart zu nutzen, dafür sind 42 Prozent.

Auf die hohen Öl- und Benzinpreise wollen die Bundesbürger demnach vor allem mit Sparen reagieren. 54 Prozent der Befragten gaben an, sie wollten künftig ihren Verbrauch an Benzin, Strom und anderen Energiearten reduzieren, 39 Prozent sagten, sie würden in Zukunft weniger Auto fahren, und 87 Prozent der Autofahrer wollen beim nächsten Autokauf ein Fahrzeug mit niedrigem Verbrauch auswählen. Die statistische Fehlertoleranz der Befragung

wird mit ± 3 Prozentpunkte angeben.

Zehntes 3-Ländertreffen in Passau

Das 3-Ländertreffen – ein Zusammenschluß von deutschen, tschechischen und österreichischen Anti-Atom-Organisationen – startete am 25. Juni 2004 in Passau eine Initiative, mit der der Wiedereinstieg Deutschlands in die Nutzung der Atomenergie unter Einbindung von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Religionsgemeinschaften, der Wirtschaft und von Prominenten aus Kultur und Sport verhindert werden soll. Damit reagieren die Anti-Atom-Gruppierungen aus Deutschland, Österreich und Tschechien erstmals gemeinsam auf die Aussagen von CDU- und CSU-Politikerinnen und Politikern der vergangenen Wochen.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) und auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hatten sich wiederholt für eine fortgesetzte Nutzung der Atomenergie ausgesprochen. „Eine CDU/CSU-Regierung würde es den Betreibern ermöglichen, Kernkraftwerke solange laufen zu lassen, wie sie es wollen“, hatte Angela Merkel erklärt. Die bayerische Staatsregierung hatte für eine stärkere Nutzung der Kernenergie plädiert, wozu gegebenenfalls auch der Neubau von Atomanlagen gehöre („Die Welt“ vom 7. Juni 2004).

Beim 3-Ländertreffen in Passau hatten Politiker der CSU, der FDP, der Grünen und der ödp den Anti-Atomgruppen Rede und Antwort gestanden. Dabei stieß die Aussage des

Landtagsabgeordneten Konrad Kobler (CSU) auf besonderes Interesse, der erklärte, daß an einen Neubau von Atomkraftwerken nicht gedacht sei.

Insgesamt verstärkte sich neuerlich die Befürchtung einer atomaren Renaissance, die sich für die Zeit nach den Bundestagswahlen 2006 ankündigte, erklärten die Veranstalter des Treffens von der Oberösterreichischen Plattform gegen Atomgefahr Linz, dem Aktionskomitee Stop Temelin, dem Verein Gemeinsam für Sonne und Freiheit, der Bayerischen Plattform gegen Atomgefahr insbesondere aus Temelin e.V., dem Bund Naturschutz Landhut, der Bürgerinitiative Isartal e.V., dem Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut und Umgebung, der Greenpeace-Gruppe Passau, der Vereinigung Südböhmische Mütter, Budweis, und der Bürgerinitiative Umweltschutz, Budweis.

Das 3-Ländertreffen verabschiedete eine Resolution und einen Aktionsplan, der den Wiedereinstieg Deutschlands in die Nutzung der Atomenergie verhindern soll. Demnach sollen die Kontakte zwischen Österreich, Deutschland und Tschechien auf der Ebene der Anti-Atom-Organisationen verstärkt werden, Gespräche österreichischer und tschechischer PolitikerInnen von Bund, Land und Kreisen mit der bayerischen Staatsregierung und der deutschen Bundesregierung eingefordert werden, der Informationsaustausch zwischen Deutschland, Österreich und Tschechien verbessert und von PolitikerInnen in Österreich, Deutschland und Tschechien entsprechende Maßnahmen gefordert werden, und schließlich müsse Österreich eine offizielle Erklärung zu atomaren Ausbauplänen in Deutschland einfordern, wie dies zu den Ausbauplänen in der Slowakei und in Tschechien geschehen sei. ●